

Matzner, Egon

Article

Überlegungen zu einem neuen Basiskonsens

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Matzner, Egon (1979) : Überlegungen zu einem neuen Basiskonsens, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 5, Iss. 2, pp. 141-160

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332006>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Überlegungen zu einem neuen Basiskonsens

Egon Matzner

1. Das Wachstumsdilemma

Spätestens seit Mitte der 70er Jahre ist allgemein sichtbar, daß ökonomisches Wachstum auch für fortgeschrittene, marktwirtschaftlich und demokratisch organisierte Industriestaaten das Kernproblem gesamtgesellschaftlicher Stabilität bildet. Heute und erst recht für die 80er Jahre ergibt sich daraus bei den gegebenen institutionellen Verhältnissen das folgende Dilemma: Kann der durchschnittliche Zuwachs des Sozialprodukts nicht auf mindestens 3 bis 4 Prozent pro Jahr gehalten werden, dann ist bei dem bis Mitte der 80er Jahre schon demografisch bedingten Zustrom von jungen Menschen auf den Arbeitsmarkt die Vollbeschäftigung in der BRD nicht wiederherzustellen und in Österreich nicht mehr aufrechtzuerhalten. Da die meisten wirtschaftlichen und sozialen Institutionen und Verhaltensweisen in der Nachkriegszeit sich auf einen hohen Wachstumspfad eingestellt haben, kann eine deutliche Wachstumsverlangsamung deren fortdauernden Bestand gefährden. Kehren die Industrieländer aber wieder auf den bis zu den 70er Jahren gewohnten Expansionspfad zurück, dann verstärken sich die als negativ empfundenen Folgen raschen Wachstums, die Probleme der Umwelt, der Rohstoff- und Energieverknappung, damit auch der Inflation, die Situation der Randgruppen, die Motivationskrise, die Erosion der zwischenmenschlichen Beziehungen und die damit zusammenhängenden individuellen und sozialen Krankheitserscheinungen und andere „gesellschaftliche Grenzen des Wachstums“ (F. Hirsch 1977).

So wie die Daten sich heute präsentieren, ist ein Einschwenken auf den alten Expansionspfad aus zumindest vier Gründen nicht zu

erwarten. *Erstens* sind bei wichtigen Trägern der Expansion bei der gegebenen Einkommensverteilung Sättigungstendenzen festzustellen. Die Entwicklungsländer können aber nicht als Ersatzmärkte fungieren, weil ihre Massenkaufkraft nur langsam steigt. Ihre Kaufkraft zu heben erscheint noch schwieriger als jene der niedrigen Einkommensklassen in den Industrieländern. *Zweitens* ist mit einer weiteren Verlagerung von industrieller Produktion aus den reifen Volkswirtschaften in die Niedriglohnggebiete in Afrika, Asien und Lateinamerika zu rechnen. Diese bedeutet weniger Investitionen und Arbeitsplätze in Europa und Nordamerika, trägt aber keineswegs notwendigerweise zu der wünschenswerten Entwicklung in den neuen Gebieten bei. Denn zumeist handelt es sich um extritoriale Enklaven (Industrial Free Zones, Off Shore Plants) zur Ausnutzung billiger Arbeitskraft, die für den Weltmarkt produzieren, ohne in der Volkswirtschaft, in der sie ihren Standort haben, Wurzeln zu schlagen (F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye 1977). Dazu kommt, daß die Abwanderung des Kapitals in die wenig industrialisierten Randgebiete eine Folge der positiven Entwicklung in den Industrieländern (Vollbeschäftigung, hohe Produktivitäts- und Realeinkommenszuwächse) ist. Je günstiger die Entwicklung volkswirtschaftlich verläuft, desto stärker ist der Anreiz zur Kapitalverlagerung¹. *Drittens* ist ein Innovationsschub, der eine neue Expansionsperiode tragen könnte, erst für die Zeit um 1990 angekündigt (G. Mensch 1975), also noch keineswegs abzusehen. Soweit heute schon neue Basisinnovationen auftreten, so setzen sie zunächst per Saldo mehr Arbeitskräfte frei als für ihre industrielle Verwertung einschließlich Verteilung und Anwendung benötigt werden. Die Mikroprozessoren sind dafür das wohl augenscheinlichste Beispiel (G. Friedrichs 1978).

Und *viertens* ist in allen entwickelten Industrieländern ein Rückgang der Wohnbevölkerung zu verzeichnen, der nicht ohne Auswirkung auf den Bedarf an Infrastruktur (z. B. Schulen) und an Konsumgütern bleiben kann.

Hält man sich die negativen Folgen forcierten Wachstums in den bereits reichen Ländern vor Augen, so erscheint eine Rückkehr auf den alten Expansionspfad auch gar nicht wünschenswert. Die Vorstellung einer nochmaligen Produktionszunahme, wie wir sie etwa bei PKWs, Fernseh-Geräten, Erschließung der Alpen² durch Hotels, Seilbahnen oder Lifte in den letzten 25 Jahren verzeichnen konnten, macht deutlich, daß Wohltat dann zur Plage würde. Da diese Vorstellungen heute und morgen das Bewußtsein von immer mehr Menschen prägen werden, ergeben sich daraus Einflüsse, die zu neuen gesellschaftlichen Realitäten werden.

Aus einer Konvergenz von „objektiven“ und „subjektiven“ Elementen dieser Art läßt sich eine deutliche Wachstumsverlangsamung als wahrscheinlichste Perspektive erwarten, in der Arbeitslosigkeit auf einem Niveau die Folge sein wird, das noch vor weniger als 10 Jahren als katastrophal bezeichnet worden wäre. In einer solchen

Situation können die Aspirationen, die auf ein qualitatives Wachstum gerichtet sind, leichter zurückgedrängt oder gar zunichte gemacht werden. Wächst aus dem Wachstumsdilemma die Krise der Ökonomie und der Ökologie?

2. Differenziertes Wachstum als Ausweg

Die mit forciertem Wachstum verbundenen Folgeprobleme wurden im letzten Jahrzehnt von unterschiedlichsten Positionen aus erörtert und ebenso unterschiedlich waren die Folgerungen daraus. Während der erste Bericht an den Club of Rome aus der Begrenztheit der Ressourcen als Programm für die industrialisierte Welt das Einschwenken auf Nullwachstum vorschlug, gingen die weiteren Berichte unter dem Eindruck neuerer Forschungen wie auch der ökonomischen Krise zu Mitte der 70er Jahre von dieser weitgehenden Forderung ab. Optimisten hingegen sehen, wie etwa der Nobelpreisträger W. Leontief in der von ihm geleiteten Untersuchung über „Die Zukunft der Weltwirtschaft“ (United Nations 1977) bis zum Jahre 2000 keine materiellen Folgeprobleme forcierten Wachstums, die nicht durch Wachstum lösbar wären. Ebenso wenig droht nach der UN-Projektion eine Ressourcenknappheit, obwohl bei Fortsetzung des Wachstumstrends in der Zeit von 1970 bis 2000 drei bis viermal so viel an mineralischen Ressourcen verbraucht werden würde, wie in der gesamten Geschichte der menschlichen Zivilisation! (Ebenda, S. 5). Als Antipode Leontiefs kann N. Georgescu-Roegen gelten, der in seinen die Wirtschaft thermodynamisch deutenden Untersuchungen ein bioökonomisches Programm zur Reduktion der Weltbevölkerung als einzigen Ausweg zum Überleben der Spezies Mensch angesichts begrenzter Ressourcen erachtet (N. Georgescu-Roegen 1976). Eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern, Publizisten und politischen Programmierern, mögen sie für traditionelle oder neue politische Strömungen sprechen, treten für einen Übergang von quantitativem zu qualitativem Wachstum ein. Die Vielzahl der Gruppierungen, die durch die Formel qualitativen Wachstums ansprechbar sind, ihre unterschiedliche ideologische und soziale Herkunft, die alle Kriterien, die nach „rechts“ und „links“ zuordnen, als völlig überholt erscheinen lassen, deuten zwar an, daß ein gesellschaftliches Kraftfeld von großer Breite im Entstehen begriffen ist, das durchaus die traditionellen politischen Formierungen sprengen könnte. Es kann aber nicht übersehen werden, daß die Formel „qualitatives Wachstum“ zu wenig konkret ist, um als Orientierung für gesellschaftlich wirksames Handeln dienlich sein zu können. Zumeist fungiert sie deshalb lediglich als Begründung zur Abwehr von unerwünschten Planungen oder, soweit die traditionellen Parteien davon Gebrauch machen, als ein wenig verbindliches Signal an die ökologisch bewußten Gruppierungen. Um als Orientierung für gesellschaftlich wirksames Handeln nützlich sein zu können, bedarf die Formel „qualitatives Wachstum“ einer Spezifizierung. Berücksichtigt

man die Tatsache, daß die durch die Einkommensverteilung und die öffentlichen Budgets beeinflusste Zuteilung von Gütern und Leistungen noch immer einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung von einem wirtschaftlich und technisch möglichen gesellschaftlichen Standard ausschließt, bedenkt man ferner die Notwendigkeit einer Kooperation bei den Entwicklungsbemühungen der unterentwickelten Regionen dieser Welt, dann folgt daraus, daß es weiterhin in der Volkswirtschaft einen Bereich von Produkten und Leistungen geben soll, in dem eine Zunahme der Produktion notwendig und wünschenswert ist. Daneben gibt es aber zwei weitere Bereiche, in einem davon wäre ein Rückgang der Produktion, im anderen zumindest eine Stabilisierung anzustreben. Beispiele für den Bereich, der weniger produzieren sollte, wären die Klimaanlage in den gemäßigten Zonen, Sprühdosen, die Aerosol als Treibstoff verwenden, viele Detergenzien oder Aluminium verwendende Wegwerfprodukte. Ähnliches gilt für viele Pharmaka, aber auch für so segensreiche Einrichtungen wie Spitäler. Denn es kann ja nicht der Sinn sein, möglichst viele Kranke zu haben, sondern wohl möglichst viele Gesunde, d. h. Menschen zu haben, die mit ihren Problemen selber fertig werden. Ein Beispiel für „Produkte“, deren Ausstoß und Verwendung stabilisiert werden, wenn wünschenswert und möglich sogar zurückgehen sollte, sind begrenzt verfügbare fossile Energieträger und Rohstoffe.

Es ist wohl klar, daß es zwischen diesen drei Bereichen keine eindeutige und für alle Zeiten gültige Grenzziehung geben kann, daß es außerdem eines politischen Verfahrens bedarf, das in erheblichen Fällen eine Festlegung zu treffen hätte. Die erwähnten Beispiele können ein solches Verfahren nicht ersetzen, sie dienen lediglich der Veranschaulichung für eine qualitative Entwicklung, die als „differenziertes Wachstum“ spezifiziert wird. Allerdings ist der Weg von der Begründung einer solchen Formel zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Orientierung, noch mehr aber zur Konkretisierung, weit und dornig.

3. Schwierigkeiten

3.1. Erkenntnis und Handeln

Volkswirtschaftliches Wachstum kann bekanntlich in der Marktwirtschaft nicht verordnet werden. Es ist, wie auch die „Investitionsquote“, der „technische Fortschritt“ oder die „sektorale Struktur“, das Ergebnis einer Vielzahl von dezentral-privaten, dezentral-öffentlichen sowie zentral-privaten und zentral-öffentlichen Entscheidungen. Volkswirtschaftliches Wachstum als Ergebnis hängt entscheidend davon ab, ob die Vielzahl der Akteure von einer gemeinsamen Orientierung geleitet wird. Bei den Reflexionen über die großartigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Erfolge des letzten Vierteljahrhunderts stehen zumeist die sichtbaren Leistungen der

Menschen, die Investitionen in Maschinen, Gebäude, Straßen und seit einiger Zeit auch in Forschung und Entwicklung, im Vordergrund der Betrachtung. Dabei wird zu Unrecht vernachlässigt, daß diese Leistungen nur zustandegekommen sind, weil zwischen Menschen, mögen sie in den Betrieben, in den Institutionen des Staates, der anderen Gebietskörperschaften, in den Wohlfahrtseinrichtungen oder in den Interessenvertretungen gewirkt haben, jenseits aller tagespolitischen Auseinandersetzungen eine in den wichtigsten Punkten übereinstimmende Einschätzung von Gegenwart und Zukunftsaussichten vorhanden waren. Dieser gemeinsame Nenner lautet: Es geht aufwärts, wir können mit mehr Investitionen, mehr Produktion, mehr Einkommen, mehr Steuereinnahmen, mehr Schulen, mehr Spitälern, mehr Dienstposten für Ärzte oder Lehrer rechnen. Und weil in einer krisen- und kriegsbeschädigten Gesellschaft ein großer Nachholbedarf gegeben war, weil sich unsere Produktpalette am Weltmarkt durchsetzen konnte, hat diese generelle günstige Einschätzung mit zu einem gleichgerichteten Verhalten geführt, das dann auch die optimistische Weltsicht durch entsprechende Ergebnisse nachträglich gerechtfertigt hat. Wenn jedoch in einer Gesellschaft keine ausreichende Übereinstimmung in der Einschätzung von Gegenwart und Zukunft vorhanden ist, dann wird das Handeln der Akteure wie das gesellschaftliche Ergebnis als Summe davon ungünstig beeinflusst. F. W. Scharpf (1978) diagnostiziert eine solche Situation aufgrund ihrer unzulänglichen Ergebnisse als eine *Interaktionskrise*, die nicht nur, wie dies schwedische Untersuchungen zeigen, Unternehmenszusammenbrüche erklären kann, sondern auch fruchtbar die krisenhafte Entwicklung der OECD-Länder interpretieren läßt. Denn in den 70er Jahren ist eine übereinstimmende Einschätzung von Gegenwart und Zukunft nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden. An drei Beispielen läßt sich die These belegen, daß die Krise, um Sontheimer (1978) zu widersprechen, *auch* in den Köpfen stattfindet.

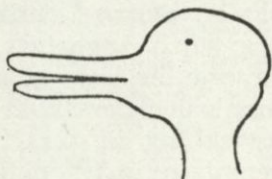
(1) In der Analyse der hohen Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern wird die Schuld auf der einen Seite dem Staat und den Gewerkschaften zugeschoben, auf der anderen Seite der trotz staatlicher Wirtschaftspolitik unheilbaren Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft.

(2) In der Einschätzung der Zukunft stehen einander tiefer „Kulturpessimismus“ und ungebrochener „Wachstumsoptimismus“ gegenüber. Zwischen den beiden Polen gibt es einen Bereich von unterschiedlichsten Einstellungen.

(3) Auch was die Steuerlast betrifft, steht das subjektive Empfinden hoher und generell wachsender Steuerlast, zumindest in der BRD und in Österreich, in Widerspruch zur Realität. Dies zeigt, was Österreich betrifft, deutlich der „Finanzbericht“ (H. Seidel 1978) ebenso wie internationale Steuervergleiche, in denen die effektive Besteuerung des Gewinneinkommens in Österreich unter dem nahezu aller OECD-

Länder liegt. (Vgl. Materialien zu „Wirtschaft und Gesellschaft“ Nr. 4/1978, S. 75).

Ein solch hohes Ausmaß unterschiedlicher Interpretationen ein und desselben Phänomens der Wirklichkeit mag zwar als Ausdruck eines Pluralismus positiv zu bewerten sein. Gleichgerichtetem Handeln in allen Bereichen der Gesellschaft ist dies aber in hohem Maße abträglich. Bevor sich eine ausreichende Übereinkunft in der Beurteilung wesentlicher Handlungsgrundlagen nicht einstellt, ist eine Überwindung der Interaktionskrise nicht zu erwarten. Dies zu erreichen ist schon deshalb schwierig, weil für diese unterschiedlichen Interpretationen der Wirklichkeit aus der Vielfalt der vorhandenen Informationen über Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges stützende Belege herausgegriffen werden können. Bekanntlich lassen sich sogar identische Phänomene unterschiedlich interpretieren, auch von denselben Personen. Als Beispiel möge der nachstehend abgebildete „Hasen-Enten-Kopf“ dienen, über den Wittgenstein folgendes bemerkt: „Der Kopf, so gesehen, hat mit dem Kopf, so gesehen, auch nicht die leiseste Ähnlichkeit — obwohl sie kongruent sind“. (L. Wittgenstein 1971, S. 228).



Dieses erkenntnistheoretische Phänomen, das selbst in der Wissenschaft wenig bekannt ist, ist besonders dann eine Quelle der Irritation, wenn durch eine Neuinterpretation der Wirklichkeit Interessen berührt werden, wie dies bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung und den darauf beruhenden Handlungen der Fall ist. Ein Übergang von generellem zu differenziertem Wachstum als allgemeiner Orientierung stellt zweifellos einen tiefgreifenden Sichtwechsel dar, der erkenntnismäßig deshalb so schwierig ist, weil er von jenen Menschen zu vollziehen ist, die durch nahezu drei Jahrzehnte für Handlungen mit Erfolg, Aufstieg, Einkommen und Prestige belohnt worden sind, die auf der Grundlage der alten Wirklichkeitssicht zustandegekommen sind. Die Sicht der Wirklichkeit kann aber nicht verhindern, daß sich die Verhältnisse ändern. Handlungsweisen, die auf der alten Sicht beruhen, werden dann zu einem Mißerfolg führen, auch wenn die Betroffenen zunächst aus Selbsttäuschung im Sinne einer Intensivierung der alten Strategie reagieren (F. W. Scharpf 1978, S. 14 f.). Arthur Millers „Der Tod eines Handlungsreisenden“ hat der Tragik solcher Situationen auf beredte Weise Ausdruck gegeben.

3.2. Entscheidungs- und Handlungshemmnisse

Ein Übergang zu differenziertem Wachstum wird durch die institutionellen Bedingungen zusätzlich erschwert. Denn selbst wenn die Einsicht zu Stabilisierung oder Reduktion eines Güter- oder Leistungsangebotes vorhanden ist, werden Entscheidungen und Handlungen im Sinne der neuen Strategie oft behindert werden. Denn die Erfolgs- und Mißerfolgssignale sowie das Anreiz- und Sanktionssystem werden durch die lange Expansionsperiode geprägt und entsprechen noch den Bedingungen des generellen Wachstums. An zwei Beispielen kann dies veranschaulicht werden. So besteht weitgehend Übereinstimmung, daß der Energie-, vor allem der Stromverbrauch, weniger wachsen soll als in der Expansionsperiode. Ein Teil der Bevölkerung und der Fachwelt ist sogar der Auffassung, daß Energie- und Stromverbrauch aus herkömmlichen Quellen aus ökologischen, volkswirtschaftlichen und auch aus staatspolitischen Gründen verringert werden sollte, wobei dies auch ohne Einbuße an materiellen Standards durch rationelle Nutzung möglich wäre. Was passiert aber, wenn — sei es durch Entwicklung nichtkonventioneller Energiequellen oder sei es durch rationellere Nutzung — etwa der Stromabsatz sinkt? Der Fixkostendruck der anlagenintensiven Unternehmungen würde zunehmen. Die Betriebe würden Verluste oder Gewinneinbußen erleiden. Sicherlich kann dies durch Preiserhöhungen kompensiert werden, womit gleichzeitig auch für die Verbraucher der neuen Strategie entsprechende Signale und Anreize gesetzt werden würden. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß einer solchen Politik von seiten der Elektrizitätswirtschaft wenig Interesse entgegengebracht und oft sogar heftiger Widerstand entgegengesetzt wird. Ferner bedeutet jede knappheitsbedingte Preiserhöhung einen Anreiz zur Angebotsausweitung. Eine an gesellschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen orientierte Energiepolitik erscheint deshalb ohne Reform des Entscheidungsrahmens nicht durchsetzbar.

Ähnliche Beobachtungen lassen sich für andere Bereiche machen. So wäre es im Gesundheitsbereich eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, durch Erhöhung der Betreuungsintensität die Behandlungs- oder Verweildauer zu senken. Sowohl bei niedergelassenen Ärzten als auch bei öffentlich-wirtschaftlichen Krankenhäusern belohnen die bestehenden finanziellen Regelungen extensive Betreuung oder Verlängerung des Krankenhausaufenthaltes auch dann, wenn es medizinisch nicht mehr notwendig ist. So wäre im Verkehrsbereich eine Reorganisation zugunsten des öffentlichen Verkehrs ein gesellschaftlich vorrangiges Ziel, selbst aus der Sicht der weiteren Funktionsfähigkeit des Individualverkehrs. Die Finanzierungssysteme, hinter denen natürlich starke materielle Interessen stecken, bevorzugen jedoch den Ausbau des Individualverkehrs nicht zuletzt auch durch ausgabenintensive Verlagerung des öffentlichen Verkehrs unter die Oberfläche. Wie Studien über neue U-Bahnen in Frankfurt und Wien nachweisen,

wäre dieselbe Verbesserung des Verkehrssystems mit einem Bruchteil der Mittel auch durch eine Reorganisation des Oberflächenverkehrs zu erreichen gewesen³.

Die Vertreter einer rein preisgelenkten Wirtschaft und Gesellschaft verlangen bei der Energienutzung wie beim Gesundheitssystem die Einführung von Kostenwahrheit und Knappheitspreisen. Dem ist entgegenzuhalten, daß eine reine Preissteuerung verteilungs- und sozialpolitische Folgen hat, die dort, wo sie politisch nicht akzeptabel erachtet wurden, staatliche Interventionen hervorgerufen haben. Darüber hinaus führt Preissteuerung auch zu unzulänglichen Allokationsergebnissen. Einmal handelt es sich bei Energie und Gesundheit um Basisprodukte im Sraffaschen Sinn, die für alle ökonomische wie gesellschaftliche Aktivität als „Zwischenprodukte“ direkte oder indirekte Voraussetzung bilden. Es wurde selbst von entschiedenen Befürwortern der Preissteuerung aufgezeigt, daß in marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften im Bereich der Zwischenprodukte Allokationsstörungen wegen der Marktmacht der hochkonzentrierten Unternehmungen von besonders großem Gewicht sind. (E. Sohmen 1976, S. 123, 128). Daraus kann sich ein Bedarf an staatlichen und anderen Regelungsformen ergeben (A. Roncaglia 1979, S. 52). Des weiteren erscheint die Möglichkeit der Versorgung oft ebenso wichtig wie die tatsächliche Inanspruchnahme. Eine solche Optionsnachfrage wird jedoch bei einfacher Preissteuerung vernachlässigt, wodurch sich Wohlstandsverluste ergeben. (A. E. Kahn 1966). Schließlich, und das ist in vielen Fällen entscheidend, berücksichtigt das Preissystem in unzulänglicher Weise den zukünftigen Bedarf, jenen der ungeborenen Generation überhaupt nicht. (N. Georgescu-Roegen 1976, S. 30). Es gibt eben keinen Markt für Zukunftsgüter, etwa als Terminmarkt, auf dem heute Energiebezüge des Jahres 2000 gehandelt werden können. Diese Unsicherheit über die Zukunft läßt sich etwa bei Energie nicht wie Risiko auf Grund von Beobachtungen in der Vergangenheit kalkulieren. Aus all dem folgt, daß die Lösung der Probleme in jenen Bereichen, die bei Orientierung im Sinne eines differenzierten Wachstums ihren Output oder ihre Leistung stabilisieren oder verringern sollen, nicht blind dem Preismechanismus überlassen werden können. Es kommt vielmehr darauf an, bereichsspezifische Lösungsmuster zu entwickeln, in dem staatliche Maßnahmen und vertragliche Übereinkünfte sowie Preissignale und Einkommensanreize zusammen ein individuelles und/oder unternehmerisches Verhalten möglich und wünschenswert machen, das die gesellschaftlich als dringlich und richtig erkannten Ziele verwirklicht. Eine solche Ordnung der Dinge entsteht nicht spontan, wie es die alten Liberalen meinen. Sie ist vielmehr Ergebnis einer neuen wissenschaftlichen und politischen Aufgabe: der Reform der Entscheidungsverhältnisse. Neu ist die Aufgabe für die Wirtschaftswissenschaften, denen Georgescu-Roegen „Wachstumsbesessenheit“ („growthmania“) vorwirft, weil sie sich kaum je mit Problemen eines geplanten wirtschaftlichen Rückgangs beschäf-

tigt haben⁴. Eine Ausnahme davon bildet A. Eastons „Managing for Negative Growth“ (1976), das sich aber nur mit dem Problem von Unternehmungen beschäftigt, die aus Kosten- oder aus Absatzgründen in die Verlustzone geraten sind. Das neue Problem betrifft aber Güter und Leistungen, die, wie Energie, Gesundheit oder Raum, allgemeine Voraussetzung individuellen und gesellschaftlichen Lebens darstellen. Deshalb kommt ihnen in der Wirtschaft die Eigenschaft von Basis-Gütern zu, deren Bedarf (Nachfrage) definitionsgemäß stets gegeben ist, jedoch aus gesellschaftlichen und ökologischen Gründen niedrig gehalten werden sollte. Es handelt sich, was das Wissensdefizit betrifft, um die allgemeine Erscheinung der Veralterungs- und Anpassungsbedürftigkeit ökonomischer Theorien, über die J. K. Galbraith (1978) unlängst treffend feststellte: „Das Problem entsteht bei der Politikberatung. Es ergibt sich zwangsläufig aus der statischen Natur der ökonomischen Interpretation, die ständig dazu neigt, gegenüber den sich rasch wandelnden ökonomischen Verhältnissen und ihren Institutionen, für die die Beratung ja erfolgt, ins Hintertreffen zu geraten. . .“ (S. 238). Neu ist die Aufgabe aber schließlich auch für die Politik, weil sie bei differenziertem Wachstum neue qualitative Anforderungen zu erfüllen hat. Sie ist zu vergleichen mit der Situation eines Heeres, bei dem von einem generellen Vormarsch zu einer Operation übergegangen wird, in der ein Teil der Truppen weiter avancieren, ein Teil sich einigeln und ein anderer sich begrenzt zurückziehen soll. Der Kommunikations- und Steuerungsbedarf, wie die Notwendigkeit der aktiven Mitwirkung der Mannschaften, ist im zweiten Fall ungleich höher. Ein Erfolg wird sich nur einstellen, wenn Übereinkunft über diese differenzierte Operation zwischen allen Teilen zustandekommt, eine Aufgabe, die eben politisch zu organisieren ist. Aber ohne Lösung dieser Aufgabe geht es nicht „nach vorn ohne Zorn“, um ein Wort des deutschen Technologieministers V. Hauff (1978) zu apostrophieren.

4. Voraussetzungen

Damit differenziertes Wachstum zu einer synchrones Handeln ermöglichenden allgemeinen Orientierung werden kann, sind angesichts der damit zusammenhängenden Schwierigkeiten mindestens vier Vorkehrungen notwendig, die ebenfalls Bestandteil einer weitgehenden gesellschaftlichen Übereinkunft zur Lösung der Probleme der 80er und 90er Jahre sein müßten. Sie betreffen (1) das Anreiz- und Signalsystem sowie die Hemmnisse, die differenziertem Wachstum entgegenstehen, (2) die Behandlung des Technologieproblems, (3) die Beschäftigungsproblematik und (4) die Rolle des Staates.

4.1. Anreize und Hemmnisse

Soll in Bereichen eine gesellschaftlich und ökologisch notwendige oder wünschenswerte Stabilisierung oder Schrumpfung eintreten,

dann muß es zu einer Reform des Signal- und Anreizsystems kommen. Signale müßten, um bei dem Beispiel zu bleiben, im Energiebereich Wirkungsgrade sowie Rückgang des Wachstums oder des Niveaus sein, nicht aber Deckung jeglicher Nachfrage unabhängig vom Wirkungsgrad der Nutzung. Dementsprechend sind auch die Honorierungssysteme auszurichten. Als Finanzierungsquelle könnte eine Energiesteuer dienen, die für die Menschen Signal und Anreiz für bessere Nutzung bildet, wodurch gleichzeitig eine steigende Belastung der Haushaltsbudgets gemildert oder verhindert werden würde. Aus ihrem Ertrag könnten auch zusätzliche organisatorische Maßnahmen zur besseren Energienutzung oder die Einführung unkonventioneller Methoden der Energieumwandlung mitfinanziert werden. Ohne quantitative Nutzungsvorschriften wird dies nicht möglich sein⁵. Ähnliche Reformen der Entscheidungsverhältnisse erscheinen auch bei anderen Leistungen und Gütern mit Basis-Gut-Charakter, deren Produktion aus gesellschaftlicher Sicht stabilisierungs- oder einschränkungsbedürftig ist, erforderlich. Die Ordnung des Rückganges bei normalen Gütern, die die Käufer nicht mehr kaufen wollen, kann wie bisher den Kräften des Marktes überlassen bleiben.

Es ist anzunehmen, daß eine Orientierung auf differenziertes Wachstum, wenn sie erfolgreich ist, ein niedrigeres Wirtschaftswachstum zur Folge haben wird als in der Vergangenheit⁶. Angesichts der realen Wachstumsbeschränkungen (vgl. Abschnitt 1 oben) führt jedoch ein planmäßiger differenzierter Wachstumsfortschritt vermutlich zu einem höheren Wachstum als ein mit vielen Turbulenzen verbundener Pfad undifferenzierten Wachstums. Daß über ihn ein höheres Wohlfahrtsniveau erzielt werden kann, ist der eigentliche Anlaß, ihn zu verfolgen. Dennoch bleibt, gemessen an der Gewohnheit der Expansionsperiode, real weniger zu verteilen. Wenn man davon ausgeht, daß eine als gerecht empfundene Verteilung von Einkommen und Vermögen ein wesentlicher Bestandteil der Stabilität gesellschaftlicher Entwicklung ist, dann erfordert differenziertes Wachstum auch eine differenzierte Verteilung des Ergebnisses, in dem die zurückgebliebenen Teile der Bevölkerung zu bevorzugen sind. Darüber hinaus erhalten dann qualitative Änderungen ein besonderes Gewicht. Dieser Gedanke ist nicht nur auf die Qualität von Leistungen und Produkten zu beschränken. Er erstreckt sich auf das Verhältnis des Menschen, vor allem des produzierenden und konsumierenden, zu seiner Umwelt ebenso wie auf die Beziehungen zwischen den Menschen, wo immer sie in der Gesellschaft tätig sind: im Betrieb, in den Ämtern, in den Schulen. Überall, wo Menschen gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, spielt Arbeitsfreude, Identifikation mit der Tätigkeit dann eine besondere Rolle, wenn die materielle Remuneration nicht mehr wie gewohnt steigen kann.

Letztlich wird auch das Steuersystem bei differenziertem Wachstum reformbedürftig. Wie der Erfolg der Antisteuerbewegung in vielen Ländern nahelegt, bedarf vor allem die Einschätzung des Verhältnisses

zwischen Steuerzahler und Staat dringend einer Korrektur. Dies erfordert einmal eine Verbesserung der Information über die Wirklichkeit. Sie wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Signale korrigiert werden, die heute das subjektive Empfinden der Steuerlast leiten. Dazu zählt, was Österreich betrifft, insbesondere das Auseinanderklaffen von übersehenen niedrigen effektiven Durchschnittssteuersätzen und des deutlich bei jeder Lohn- oder Gehaltserhöhung sichtbaren Grenzsteuersatzes. Des weiteren ist, wie M. Kalecki bereits 1945 nachweist, jedes Anreizsystem für private Investitionen einer Erosion seiner Wirksamkeit unterworfen (M. Kalecki 1945). Das gilt bereits heute für das System der steuerlichen Investitionsbegünstigung, das kaum mehr intensivierbar ist. Dazu kommt, daß ein solches System in Phasen geringeren Wachstums, die mit niedrigeren Gewinnen verbunden sind, generell an Wirkung verliert (H. Ostleitner 1979). Völlig wirkungslos bleibt ferner das Anreiz- und Signalsystem in den stabilisierungs- und rückgangsbedürftigen Bereichen, in denen, gleichgültig, ob sie anlage- und/oder personalintensiv sind, wenn die angepeilten gesellschaftlichen Vorteile eintreten, betriebswirtschaftliche Verluste auftreten können. Aus all dem zeigt sich, daß das gegenwärtige Steuersystem schon jetzt zu groben Fehlinformationen Anlaß gibt, die beim Übergang zur Orientierung auf differenziertes Wachstum noch zunehmen werden.

4.2. *Technologiekontrolle*

Trotz der vielfach (nicht nur von Marxisten) hervorgehobenen Dominanz oder sogar Unaufhaltsamkeit der Durchdringung der Gesellschaft durch einmal vorgenommene technologische Innovation (I. Illich 1978) darf nicht übersehen werden, daß die Entwicklung der Technologie durch die Menschen beeinflussbar ist, und zwar umso mehr, je größer der Widerstand gegen ihre negativen Folgen wächst. Bei aller Offenheit gegenüber dem Besseren, z. B. dem arbeits- und ressourcensparenden Fortschritt in Form der Mikroprozessoren, darf nicht übersehen werden, daß den Vorteilen der Technik dann besondere Belastungen gegenüberstehen können, wenn sie blind und ohne Rücksicht auf Leben und Zusammenleben der Menschen eingesetzt wird. Das Destruktivpotential moderner Produktivkräfte hat gegenüber der Technologie des 19. Jahrhunderts einen qualitativen Sprung größten Ausmaßes gemacht. Die Verantwortung gegenüber den *Lebensmöglichkeiten* der gegenwärtigen und der nachkommenden Generationen gebietet dringend ein gewissenhaftes Abwägen der Vor- und Nachteile der neuen Technologien und ihrer Nutzung. Aus der alle demokratischen Länder in zwei Lager spaltenden Auseinandersetzung über die Kernenergie, deren begrenzte Nutzung unter bestimmten Voraussetzungen unerlässlich sein kann, sollte eine wichtige Lehre gezogen werden: Die Kontrolle der Bedarfsschätzung, der Planung, der Errichtung und des Betriebes moderner technologischer Einrichtungen

von dem Gewicht der Kernenergie ist von so eminenter Bedeutung für die Sicherheit der Bürger, daß für sie eigene institutionelle Vorkehrungen getroffen werden müssen. Wie der „Bericht des Handelsausschusses über den Bericht der österreichischen Bundesregierung betreffend die Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung“ (969 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV GP, Wien 1978), bei dem es um die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes in Zwentendorf ging, zeigt, sind regierungs- oder wirtschaftsabhängige Stellen wenig geeignet, die spezifischen Sicherheitsansprüche auf vertrauenerweckende Weise zu gewährleisten. Noch weniger zumutbar ist es, und das hat die Katastrophe in Harisburg ebenso erwiesen wie der Störfall in Brunsbüttel, daß der Betreiber eines KKW im Ernstfall über eine Abschaltung entscheiden kann. Vor die Alternative gestellt, sichere hohe Kosten zu erleiden oder ungewisse Schäden, die oft erst in Jahren auftreten, zu vermeiden, wird der Betreiber meistens zugunsten seiner Rentabilität entscheiden und Störfälle auch zu vertuschen versuchen. Deshalb bedarf es neben der direkten demokratischen Legitimation einer autonomen Kontrollinstitution, die frei von kurzfristigen wirtschaftlichen, administrativen und politischen Interessen die strikte Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen kontrollieren kann. (Ähnlich G. Bruckmann und B. Raschauer 1979). Mit einer solchen Institution, die allen tagespolitischen Auseinandersetzungen zum Trotz ähnlich wie die Höchstgerichte und der Rechnungshof ein hohes Ausmaß an Vertrauen benötigt, wäre der erste Schritt getan, der für eine positive Haltung gegenüber dem technischen Fortschritt in der Gesellschaft notwendig ist. Die derzeitigen gesetzlichen Vorkehrungen (Muster Dampfkesselverordnung) entsprechen noch der Technologie des 19. Jahrhunderts. Da Entscheidungen über zukunftsbestimmende Großtechnologien stets politischer Natur sind, müßte aber auch ihre Einführung grundsätzlich einem Verfahren unterliegen, in dem die Wissenschaft und die Politik ihren Anteil haben (R. Dahrendorf 1975). Da die Technologie in höchstem Maße das Leben und Zusammenleben beeinflusst, ist wohl klar, daß über sie mit noch größerer Berechtigung demokratisch zu befinden ist als etwa über die Höhe der Einkommensteuer oder der Kinderbeihilfe, wo dies ja selbstverständlich ist. Wenn man erkennt, daß Demokratie nicht nur ein Grundwert ist, sondern, wenn sie Kommunikation über positive und negative Erscheinungen des Lebens ermöglicht und auf Konsens beruht, auch durch hohe organisatorische Effizienz gekennzeichnet ist (G. B. Bennis/P. E. Salter 1968, S. 4), dann wird dieser Vorschlag positiv aufgenommen werden können. Wenn man unter Demokratie ein System versteht, das bei Rücksicht auf die Lebensmöglichkeiten der gegenwärtigen und der nachkommenden Generationen ein höchstmögliches Maß an Selbstbestimmung gewährt, dann ergibt sich daraus letztlich auch ein entscheidendes Beurteilungskriterium für Technologie, nämlich inwiefern ihre Einführung das Maß an Selbstbestimmung (Fremdbestimmung) fördert oder inwiefern

sie dem Zusammenleben der Menschen zuträglich ist⁷.

Bei wachsenden, durch unbedachte Einführung neuer Technologien und ihren zu wenig gezügelten Gebrauch hervorgerufene Schäden kann eine dem technischen Fortschritt gegenüber offene Haltung immer weniger erwartet werden. Wenn die durch eine blinde Technologie-Feindlichkeit verbundenen verhängnisvollen Folgen für die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft vermieden werden sollen, dann müssen die zur Technologiekontrolle vorgeschlagenen Reformen wesentlicher Inhalt einer gemeinsamen, auf differenziertes Wachstum abzielenden Entwicklung sein.

4.3. Beschäftigungssicherung

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß eine Technologiekontrolle, die aus den profitabel nutzbaren Möglichkeiten jene ausscheidet, die für Leben und Zusammenleben der Menschen als schädlich erachtet werden, nur dann durchsetzbar ist, wenn das Problem der Rentabilität für die Unternehmungen und das Problem der Beschäftigung und des Lebensunterhaltes für die Arbeitssuchenden lösbar sind. Denn „... die Zugzwänge der Arbeitslosigkeit und Kapitaleffizienz (haben) ... noch immer die qualitativen Gesichtspunkte und Zukunftsaspekte beiseitegelegt. Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und von produktiven Verwendungen des herumlungenden Kapitals war das oberste Gebot der Stunde“. (G. Mensch 1975, S. 214 f.). „(Aber) ohne wenigstens notdürftige Beherrschung des *Stabilitätsproblems* würde das *Auswahlproblem* ... gar nicht zugänglich.“ (Derselbe, S. 275). Nun ist zu bedenken, daß jene Technologien dazu tendieren, die größten Möglichkeiten für profitable Kapitalanlagen und oft auch für neue Beschäftigung zu schaffen, die in höchstem Maße destruktiv sind, was am Beispiel der Kriegsrüstung mit ihrem rasanten „Fortschritt“ am deutlichsten wird, aber auch an Hand der Zerstörung kostenloser und erneuerungsfähiger natürlicher Ressourcen (als Beispiel kann Quellwasser und dessen Ersatz durch chemisch behandeltes vermarktbare Wasser dienen) unschwer erkennbar ist (A. Gorz 1977, S. 126 f.). Der Widerstand gegen dezentrale und erneuerbare Energiequellen oder die Klimatisierung in den gemäßigten Zonen zeigen in dieselbe Richtung. Alle diese, der Wohlfahrt und dem, was Georgescu-Roegen „*Enjoyment of Life*“ nennt, durchaus nicht zuträglich, oft gar nicht durch Konsumentenpräferenzen, sondern durch Profitabsichten oder die unbedachte „Tyrannei der kleinen Schritte“ herbeigeführten Entwicklungen, könnten nur dann zurückgedrängt oder verhindert werden, wenn es gelingt, das Beschäftigungsproblem zu lösen. Und dies setzt eine Beschäftigungsgarantie voraus, die als letzter Schritt, wenn gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung nicht verfügbar ist, durch kompensatorische Veränderung der Arbeitszeit, also bei einem Mangel an Arbeitsplätzen durch die Aufteilung der am Arbeitsmarkt nachgefrag-

ten Arbeitsplätze auf alle Arbeitsuchenden, herbeigeführt wird. Kurzum: Das Beschäftigungsrisiko darf nicht auf das Individuum fallen, es ist zu sozialisieren.

4.4. Reorganisation öffentlicher Aufgabenerfüllung

Wenn das Tempo der quantitativen Expansion abnimmt, kann auch der Staat, gemeint ist der Wohlfahrts-, Auftrags- und Subventionsstaat, seinen Kurs nicht unverändert fortsetzen. Es kann nicht die Rede davon sein, daß der Staat seine Verantwortung und seine Pflichten gegenüber den Menschen in der Gesellschaft abgibt. Es ist aber sehr wohl zu prüfen, ob nicht der Staat, die Länder, die Gemeinden sowie die öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen ihre Aufgaben stärker in Kooperation mit den Unternehmungen, den Verbänden, den privaten Organisationen oder den eigenverantwortlichen Bürgern durchführen können. (C. Badelt 1979 sowie J. Strasser 1979). Eine solche, von J. A. Schumpeters klassischem Essay über „Die Krise des Steuerstaates“ (1918) inspirierte Reorganisation staatlicher Aufgabenerfüllung ist im Hinblick auf den bei geringerem Wachstum auch niedrigeren Spielraum für das Ausgabenwachstum notwendig. (E. Matzner, W. Blaas, W. Schönback 1978). Sie sollte vor allem zu Lasten ausgabenintensiver Aufgabenerfüllung gehen, die funktionell nicht begründbar ist, wie dies etwa für jüngste U-Bahnbauten in Wien und Frankfurt am Main im Verkehrsbereich nachgewiesen werden konnte. Ferner sollten die staatlichen Leistungen für jene gekürzt werden, die diese im gegenwärtigen Ausmaß gar nicht mehr bedürfen. Es muß betont werden, daß eine solche Reformperspektive nicht nur die monetären, sondern vor allem auch die zeitlichen und räumlichen Aspekte gesellschaftlicher Organisation zu berücksichtigen hätte (P. Henseler 1978).

Es ist ein Vorteil, daß ein solches Bemühen sich nicht nur auf die alte sozialistische Ethik der Solidarität, sondern in wichtigen Punkten auch auf die noch ältere christliche Ethik der Nächstenliebe und ihrer modernen Ausprägung etwa im Solidaritätsprinzip, vor allem aber auch auf die neuen liberalen Gedanken zu „Überleben und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt“ von Ralph Dahrendorf (1975) stützen kann.

5. Für eine neue Kultur der Politik

5.1. Weg der Kooperation

Diese Überlegungen zur Lösung wichtiger Probleme der Zeit vermeiden den symptomatischen, aber unfruchtbaren Streit über Staatsverdrossenheit, Staats- oder Marktversagen. Als Weg wird eine Kooperation zwischen den tragenden Kräften in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, gleichgültig in welchem Bereich sie tätig sind, vorgeschlagen. Dabei kommt den Unternehmen nach wie vor eine

wichtige Rolle zu. Als Quelle dezentraler Initiativen bleiben sie unersetzlich. Als Ressourcenbewirtschafter, als Innovateure im Sinne einer Orientierung auf differenziertes Wachstum, beim Umweltschutz, bei alternativen Energiequellen oder bei der Organisation einer wirksamen Energienutzung, vor allem bei sozialen Innovationen im Bereich der Produktion, im Bereich der Kooperation mit staatlichen Stellen oder nichtstaatlichen Einrichtungen des autonomen Sektors sowie bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben fällt ihnen sogar eine neue und nicht weniger wichtige Rolle zu als während der Hochzeiten der Expansion. Angesichts der strukturellen Macht, die sie entfalten, ist es von ausschlaggebender Bedeutung, sie für den neuen Basiskonsens zu gewinnen. Dabei dürfen die Betonung von Basiskonsens und Kooperation nicht als Ausfluß einer wirklichkeitsfremden Harmonieillusion aufgefaßt werden. Der Basiskonsens der Expansionsperiode ging in Österreich erst aus Bürgerkrieg, Hitler-Faschismus und Weltkrieg hervor. Ein Basiskonsens bildet aber die Grundlage, auf der unvermeidliche Auseinandersetzungen in der Gesellschaft stattfinden sollen. Fehlt ein ausreichender Konsens, dann kann der Weg ins Chaos (Beispiel England) oder in den Faschismus (Beispiel Chile) führen.

5.2. Neue Politik

Die hier vorgeschlagene Orientierung für einen neuen Basiskonsens läuft auf ein Plädoyer für eine „neue Kultur der Politik“ hinaus, um mit dem programmatischen Titel eines Buches von P. Rosanvallon und P. Viveret (1977) zu sprechen. Sie entspricht einem fundamentalen Wandel in der Auffassung von Politik. Während traditionelle Politik aus dem Kampf um die Regierungsgewalt und Forderungen an den Staat besteht, die sich zwischen links und rechts nur in Zusammensetzung und Höhe unterscheiden, ist Politik im neuverstandenen Sinne eine Auseinandersetzung über das Ensemble der Probleme in der Gesellschaft. Dabei geht es vor allem darum, dem autonomen, schon seit langer Zeit durch Markt und Staat eingeschränkten Bereich der zivilen Gesellschaft eine neue Möglichkeit zur Entfaltung zu geben (P. Rosanvallon/P. Viveret 1977, S. 110 und S. 137). Während eine Politik, die vornehmlich den Staat als Werkzeug zur Lösung gesellschaftlicher Probleme auffaßt, wegen des Grundsatzes der Rechtsgleichheit und der Formalisierungsbedürftigkeit staatlichen Handelns der Tendenz nach zu Gleichheit im Sinne von Zentralismus und Univormität führt, ist die neue Kultur der Politik auf Gleichheit im Sinne von Voraussetzung für Autonomie und deshalb Differenzierung gerichtet. Den traditionellen politischen Parteien käme bei diesem Wandel als Vermittler und Initiator neuer Beziehungen zwischen der staatlichen Verwaltung, der Regierung und den Bedürfnissen der autonomen Gruppen in der Bevölkerung eine neue Rolle zu, die gleichzeitig der „Verdrossenheit“ gegenüber Demokratie und Staat,

soweit sie die jüngere Generation betrifft, den Boden entziehen könnte.

5.3. Demokratische Initiativen

Zweifellos kommt eine solche neue Kultur des Politischen dem Sinn von Selbst- und Mitbestimmung, und damit von Demokratie, weitaus näher als die traditionelle Auffassung, in der Politik und Mitbestimmung für die Parteien jeweils in dem Augenblick beendet erscheint, in dem die Regierungsmacht erreicht ist. Deshalb sind die traditionellen Parteien, vor allem aber die staatlichen Apparate und die anderen Träger struktureller, weil nicht von Wahlen abhängiger Macht, zunächst Gegner des vorgeschlagenen Wandels.

Wer könnten dann die Wegbereiter des Wandels sein? Vor allem jene, die das Elend der Weltwirtschaftskrise und der Weltkriege nicht elementar erlebt haben und deshalb gegenüber den neuen Gefahren und Aspirationen empfindsam sind. Das signalisiert zu haben, ist auch, wie A. Fontaine (1978) betont, das historisch Bleibende am Mai 1968. Dazu kommen jene Sozialliberalen, Wertkonservativen und Wertsozialisten, die alt genug sind, um Elend und Leid der Vergangenheit erfahren zu haben, aber trotzdem empfindsam geblieben sind und nun erkannt haben, daß humane Werte durch überholte Entscheidungsverhältnisse bedroht oder zerstört werden können. Sinkende Wahlbeteiligung und wachsendes Engagement außerhalb der traditionellen politischen Organisationen deuten an, daß die Zahl jener zunimmt, die den Sinn der traditionellen Auseinandersetzung in der Politik, den Kampf um die Regierungsmacht und den klassischen Konflikt in der Gesellschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht mehr als ihre existentiellen Probleme betreffend erachten. Dies deshalb, weil sie sein Ergebnis, den Wohlfahrtsstaat und das hohe Niveau der materiellen Versorgung, als selbstverständlich begreifen, während wichtige neue Alltagsorgen unberücksichtigt bleiben. Gerade der Alltag ist aber jener Ort, an dem sich die negativen Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung am deutlichsten zeigen und für die weder der Klassenkampf in seiner klassischen Form noch der die Alltagsprobleme in dutzende Fragmente zerlegende Wohlfahrtsstaat ausreichende Hilfe versprechen. Nach E. Kitzmüller, aber auch P. Rosanvallon und P. Viveret, bietet sich hier der strategische Ansatz zur Veränderung. Ausdruck dieser Möglichkeit ist die wachsende Zahl oft widersprüchlicher und begrenzter Initiativen, die den tatsächlichen, vermeintlichen oder potentiell destruktiven Elementen der Entwicklung Widerstand entgegensetzen (E. Kitzmüller 1977 und 1978). Diese Einschätzung gilt auch dann, wenn berücksichtigt wird, daß Bürgerinitiativen oft ungerechtfertigte Sonderrechte verteidigen. Je mehr dieser Widerstand sich jedoch gegen allgemein werdende Bedrohungen richtet, desto größer wird ihre Resonanz sein. Die große politische Aufgabe besteht nun darin, einen konstruktiven Wettbewerb um Ideen, Programme,

Handlungen auf die Beine zu bringen, die im Sinne des neuen Basiskonsens sind und dazu beitragen, diesen zur generellen Orientierung zu machen. Jene Gruppierungen und Parteien werden erfolgreich sein, die sich gegenüber den Positionskonservativen, um einen Terminus E. Epplers (1975) abzuwandeln, in den eigenen Reihen am ehesten durchsetzen und deshalb auf die neuen Probleme zeitgerecht entsprechende Antworten finden.

Es wäre zweifellos verhängnisvoll, zu glauben, daß diese Aufgabe allein im lokalen, regionalen oder nationalen Rahmen gelingen könnte. Da für die Lebensbedingungen, heute und in Zukunft, wesentliche ökonomische Entscheidungen durch transnationale Kalküle bestimmt werden, ist ein nachhaltiger Erfolg nur dann möglich, wenn das vorgeschlagene „differenzierte Wachstum“ auch zu einer transnationalen Orientierung wird, ja wenn auch transnationale Bündnisse zustandekommen. (E. Kitzmüller 1978).

An den Innovatoren im Sinne der neuen Wirklichkeit wird es liegen, für die notwendig gewordene Neuorientierung bewußte demokratische Initiativen zu entfalten. Dabei werden sie auf den Widerstand der Träger struktureller Macht stoßen, die sich gegen die Kritik an der alten, nicht mehr zu einer Lösung führenden Orientierung wenden: Der alte Wirklichkeitssinn schlägt den Möglichkeitssinn. Deshalb muß es eine der wichtigsten Aufgaben sein, durch demokratische Initiativen auch die neue Sicht der Wirklichkeit und damit die kommende Wirklichkeit zu schützen. Dazu gehören:

1. Die Verteidigung des Rechtes auf Kritik als Form, in der sich zuerst die neue Wirklichkeit gegenüber der obsolet gewordenen äußert. Und
2. die Verteidigung der materiellen Existenz derjenigen, die innovativ in Gedanken, Worten und Taten sind. Denn das Alte, dessen Kraft zu einer Änderung nicht mehr reicht, schreckt auch vor materiellem Druck nicht zurück und dafür gibt es in der BRD wie in Österreich heute schon Beispiele.

Letztlich wird die neue Orientierung dann erfolgreich sein, wenn sie eine zeitgemäße Antwort auf die Probleme der Zeit ist. Denn nach den Erfahrungen der Geschichte ist nichts mächtiger als Gedanken, deren Zeit gekommen ist.

LITERATUR

- BADEL, C., Selbstorganisation. Alternative zur Bürokratie. Information des österreichischen Wirtschaftsbundes Nr. 17 (hektografiert), Wien 1979.
- BENNIS, G. B. und SALTER, P. E., *The Temporary Society*, New York 1968.
- BRUCKMANN, G. und RASCHAUER, B., Fluchtwege aus der sozialen Falle. In: *Die Presse*, Wien, 28./29. April 1979.
- DAHRENDORF, R., *Die neue Freiheit. Überleben und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt*, München/Zürich 1975.
- DUPUIT, J. — P. und ROBERT, J., *La trahison de l'opulence*, Paris 1976.
- EASTON, A., *Managing for Negative Growth — a Handbook for Practitioners*, Reston (Virginia) 1976.
- EPPLER, E., *Ende oder Wende?*, Stuttgart 1975.
- FALCH, T., und FALCH, R., Entwicklungskonzept St. Anton a. A.-Grenzen des Wachstums?!; in: *Gemeindeblatt für St. Anton am Arlberg*, Nr. 8, 1978.
- FONTAINE, A., Deux „mai“ sans trois?, in: *Le Monde* (selection hebdomadaire), 4 — 10 mai 1978, S. 8.
- FRIEDRICHS, G., Rationalisierung durch den Einsatz von Mikroprozessoren — Auswirkung auf Produktion und Beschäftigung; in: GOSER, K. und FRIEDRICHS, G., (derselbe Titel), *Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen*, Nr. 191, Dortmund 1978.
- FRÖBEL, F., HEINRICHS, J., KREYE, O., *Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek bei Hamburg* 1977.
- GALBRAITH, J. K., Obsolescence, Accomodation and Economic Policy; in: *Schw. Z. f. Vw. & St.*, H. 3 (1978).
- GEORGESCU-ROEGEN, N., *Energy and Economic Myths*, New York 1976.
- GOLDSCHIED, R./ SCHUMPETER, J., *Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen*. Herausgegeben von R. Hickel, Frankfurt a. M. 1976.
- GORZ, A., *Technologie und Politik*, Reinbek bei Hamburg 1977.
- HAUFF, V., Nach vorn ohne Zorn, in: *Die Zeit*, Nr. , November 1978.
- HENSELER, P., Methodologische Probleme im Schnittbereich von sozialen Prozessen und räumlich-physischer Form unter Einschluß der zeitlichen Organisation, in: *Der öffentliche Sektor — Forschungsmemoranden*, H. 1/2, Wien 1978.
- HIRSCH, F., *Social Limits to Growth*, London 1977.
- ILLICH, I., *Fortschrittsmythen*, Reinbek bei Hamburg 1978.
- KAHN, A. E., *The Tyranny of Small Decisions: Market Failures, Imperfections and the Limits of Economics*, in: *Kyklos*, Fasc. XIX (1966).
- KALECKI, M., *Full Employment by Stimulating Private Investment?*, in: *Oxford Economic Papers*, No. 7, March 1945.
- KITZMÜLLER, E., *Europa von unten. Basisbewegungen und westeuropäischer Bundesstaat*, in: *Forum Europa*, Bonn 1977.
- KITZMÜLLER, E., *The Greening of Marx*, in: *agenor* 71, Brüssel Oktober 1978.
- KOOPMANS, T. C., *Economics among the Sciences*, in: *The American Economic Rievew*, Vol. 69, No. 1, March 1979.
- MATZNER, E., BLAAS, W., SCHÖNBÄCK, W., *Zur Entwicklung des Staatsanteiles — eine funktionsanalytische Betrachtung. Referat vor dem Arbeitskreis 7 der Tagung des Vereins für Sozialpolitik* (25. — 27. September 1978, in Hamburg, [Als Manuskript vervielfältigt, Wien, Mai 1978]).
- MENSCH, G., *Das technologische Patt*, Frankfurt a. M. 1975.
- MORGENSTERN, O. and THOMPSON, G. L. (1976), *Mathematical Theory of Expanding and Contracting Economies*, Lexington — Toronto — London 1976.
- OSTLEITNER, H., *Vier Reformschwerpunkte — mittelfristige Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik*, in: *Die Zukunft*, H. 3, 1979.
- PRED, A., *The Impact of Technological and Institutional Innovations on Life Content: Some Time-geographic Observations*, in: *Geographical Analysis*, Vol. 10, No. 4, 1978.

- RONCAGLIA, A., Sraffa and the Reconstruction of Political Economy, in: Challenge, Vol. 21, No. 6, January/February 1979.
- ROSANVALLON, P. und VIVERET, P., Pour une nouvelle culture de la politique, Paris 1977.
- RÜSCH, G., Verkehr, in: E. Matzner (Hrsg.), Öffentliche Aufgaben und Finanzausgleich, Wien 1977.
- SCHARPF, F. W., Die Rolle des Staates im westlichen Wirtschaftssystem: Zwischen Krise und Neuorientierung. Referat auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik vom 25. — 27. 9. 1978 in Hamburg.
- SCHUMPETER, J. A., Die Krise des Steuerstaates, Graz 1918. Wiederveröffentlicht in: R. Hickel (Hrsg.), R. Goldscheid/J. Schumpeter — Die Finanzkrise des Steuerstaates, Beiträge zur politischen Theorie der Staatsfinanzen, Frankfurt 1976.
- SEIDEL, H., Unsere Staatsfinanzen. Finanzbericht 1978 — Analysen und Perspektiven, Wien 1978.
- SOHMEN, E., Allokationstheorie und Wirtschaftspolitik, Tübingen 1976.
- SONTHEIMER, K., Ist die Krise eine Krise oder findet sie nur im Kopf der Kritiker statt?, in: Die Presse (Wien), S. 10, Dezember 1978.
- STRASSER, J., Grenzen des Sozialstaates?, Frankfurt am Main 1979.
- UNITED NATIONS, The Future of the World Economy, New York 1977.
- WITTGENSTEIN, L., Philosophische Untersuchungen, Frankfurt 1971.

ANMERKUNGEN

Der Autor dankt W. Blaas, W. Brus, W. Ernst, E. Kitzmüller, G. Mensch, E. Nowotny, W. Schönback, B. Tichy und J. Wösendorfer für kritische Hinweise.

- 1 In einem „Handbuch für Praktiker“ aus dem Jahre 1976 heißt es: „Vielleicht der einzige Weg auf das alte niedrige Lohnniveau zu kommen ist die Schließung des zwanzig Jahre alten Werkes und seine Neuerrichtung an einem Standort, an dem alle Arbeitnehmer ohne Anrechnung von Vordienstzeiten beginnen“. (A. Easton 1976, S. 31 f.). An anderer Stelle heißt es unter den Optionen, die bei Produkten, die in die Verlustzone geraten, zu prüfen sind: „Standortverlagerung: Suche einen Standort in der Welt, der für eine effiziente Industrieproduktion bessere Voraussetzungen bietet. Prüfe, ob z. B. in Hongkong, Puerto Rico, Taiwan, Korea, Mexico usw. die niedrigen Arbeitskosten die Profitabilität der Produktion sichern.“ (S. 64). Siehe dazu auch den Dossier „Die deutsche Herausforderung“ in: Die Zeit, Nr. 13, 23. März 1979, in dem es an einer Stelle heißt: „Trotz aller Risiken: Die Deutschen stehen geradezu unter Zwang, draußen zu investieren“. Neben dem Lohnkosten-Motiv spielt vor allem das Überspringen von Handelshindernissen eine entscheidende Rolle.
- 2 So heißt es in einer Analyse der Entwicklungsprobleme des bekannten Tiroler Schiortes St. Anton am Arlberg: „Eine der wichtigsten Aufgaben und Verantwortung für jede Generation ist es, der künftigen Generation Entscheidungsspielräume freizuhalten und ihr Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu verbauen, sondern zu erweitern. Mit welchem Recht könnten wir denn für uns in Anspruch nehmen, den Lebensraum St. Anton für kommende Generationen als ‚Ware St. Anton‘ im Zeitraum einer Generation zu verkaufen?“ (F. Falch und R. Falch 1978).
- 3 Zu Frankfurt vgl. die Besprechung einer Studie des Batelle-Institutes in der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. März 1979. Zu Wien vgl. G. Rüscher (1977).
- 4 Nach Niederschrift erhielt ich von H. Frisch den Hinweis auf das letzte Buch von O. Morgenstern und G. L. Thompson (1976), das sich mit kontrahierenden Ökonomien beschäftigt. O. Morgenstern hat dieses Problem als eine zentrale Zukunftsaufgabe bezeichnet (S. 162) und es in die Liste der zu untersuchenden theoretischen Fragen aufgenommen (S. 223).
- 5 Dazu N. Georgescu-Roegen (1976): „Niemand, sei er ein Ökonom oder nicht, soll vergessen, daß die unverantwortliche Entforstung zahlreicher Berglandschaften gerade deshalb stattgefunden hat, weil „der Preis stimmte“ und daß sie nur dann beendet wurde, nachdem mengenmäßige Beschränkungen eingeführt worden waren“. (S. 33).
- 6 Berechnungen, die für die amerikanische Wirtschaft von einem vom Nobelpreisträger T. C. Koopmans geleiteten Forscherteam angestellt wurden, kommen zu dem Ergebnis, daß durch quantitative Beschränkungen oder Preiserhöhungen beträchtliche Einschränkungen des Energieverbrauchs unter das Niveau des gegenwärtigen Normalverbrauches (bis zu 60 %) nur geringfügige Auswirkungen auf das Wachstum bis 2010 haben würden. Allerdings läßt Koopmans die theoretischen Einwände Georgescu-Roegens unberücksichtigt und stützt sich auf so fragwürdige Konzepte wie die Preiselastizität der Energienachfrage. Bei der Annahme einer Preiselastizität von $-0,5$ würde das Bruttonationalprodukt bis 2010 nur um 2 Prozent niedriger sein als bei Normalwachstum. Bei einer Preiselastizität von $-0,25$ jedoch läge das BNP um 30 Prozent niedriger (T. C. Koopmans 1979, S. 59).
- 7 Zu diesen Problemen sind in jüngster Zeit sehr wichtige Arbeiten erschienen, die durchaus handlungsbezogene Sichtweisen eröffnen. Verwiesen sei insbesondere auf J. — P. Dupuit/Z. Robert (1976) und A. Pred (1978).